Reichspost

2./X. 1917

185

Unsere Wasserstraßen.

Wien gegen das ungarische Marchprojekt.

Der Wasserstraßentag hat eine Entschließung gefaßt, in der die rascheste Ausführung des von Wien ausgehenden Donau-Oder-Kanales mit den Anschlüssen zur Elbe und Weichsel, und die Regulierung des ganzen Laufes der Donau verlangt wurde. Die Entschließung wurde nunmehr, da die Regierung stabilisiert erscheint, vom Bgm. Dr. Weiskirchner der Regierung vorgelegt. In der begleitenden Denkschrift wird nach einem geschichtlichen Rückblick ausgeführt: Vom Standpunkte der Stadt Wien, wie vom Standpunkte der österreichischen Reichshälfte darf die Inangriffnahme des Donau-Oder-Kanales nicht wieder verzögert werden. Der Donau-Oder-Kanal ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Wien und für Oesterreich. In Ungarn wird das Bestreben rege verfochten, den Donau-Oder-Kanal nicht als Parallelkanal zur March herzustellen, sondern vielmehr die March selbst zu kanalisieren und den Kanal bei Theben in die Donau ausmünden zu lassen. Es wird der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung einem solchen Projekte niemals zustimmen wird. Bei Durchführung des ungarischen Projektes würde Wien aus dem Durchgangs- und Umschlagsverkehr vollständig ausgeschaltet werden, der Verkehr, der durch Vermittlung des Kanales für Wien und für andere österreichische Industriezentren zu erwarten ist, umständlicher und schwieriger, daher auch teurer gestaltet, so daß jedenfalls die aus der Kanalherstellung erhofften und sonst sicher zutreffenden Vorteile zum großen Teile wieder aufgehoben würden. Daß die Kanalisierung der March weder technisch noch finanziell dem bisher in Aussicht genommenen Parallelkanal vorzuziehen ist, haben berufene Fachmänner bereits eingehend nachgewiesen. Da die ungarischen Interessenten an ihrer Forderung festhalten, wie dies verschiedene in der letzten Zeit erschienene Broschüren und Zeitungsaufsätze sowie der Beschlußantrag zeigen, der auf der Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Nürnberg am 3. September seitens der ungarischen Donaukommission vorgelegt wurde, erscheint es unbedingt und dringend nötig, daß von der Regierung derartigen Bestrebungen von vornherein entgegengetreten werde.